



Witten im AUFbruch

November 2006

Ausgabe 4/2006

Zeitung des überparteilichen Personenwahlbündnisses **AUF Witten**

Lehrstellenmangel muss nicht sein!

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von **AUF Witten**

Die Lage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Jugendliche ist katastrophal, die verantwortlichen Politiker lügen sich selbst und der Bevölkerung in die Tasche.

Bundesweit fehlen 50.000 Ausbildungsplätze - doch Wirtschaftsminister Glos (CSU) tönt: "Der Ausbildungspakt hat sich bewährt". Es gäbe sogar noch 60.000 offene Stellen. Die Mehrheit der Maßnahmen sind aber

keine regulären Ausbildungsverträge, sondern reine "Qualifizierungsmaßnahmen" ohne eine einzige neue Lehrstelle.

So kriegt man Jugendliche für ein Jahr aus der Statistik, aber nicht aus dem Heer der Arbeitssuchenden. Nächstes Jahr stehen sie wieder bei der JobAgentur auf der Matte - bundesweit wie in Witten und im Ennepe-Ruhrkreis.



Offizielle Statistik manipuliert!

Laut Arbeitsagentur sind in Witten 47 Bewerber noch "nicht vermittelt", 18 Stellen werden noch angeboten.

Bis Ende August sprach die Agentur aber noch von 851 Bewerbern auf 415 Lehrstellen! Selbst wenn alle vorhandenen Lehrstellen vermittelt worden wären, wo sind dann die restlichen 454 Bewerber geblieben?

Zum Beispiel in der Kollegscheule, wo sie sich noch vor dem 30. September wegen erfolgloser Lehrstellensuche angemeldet haben. So lässt

man Jugendliche aus der Statistik fallen und gibt dafür auch noch viel Geld aus!

Bürgermeisterin mitverantwortlich

Obwohl Sonja Leidemann seit Hartz IV auch Chefin der JobAgentur geworden ist, sieht sie tatenlos zu, dass es keine exakten Statistiken für Witten gibt. Anträge von Ratsmitglied Achim

Czylwick (*AUF Witten*) die Auswirkungen von Hartz IV im Stadtrat zu behandeln, wurden bisher mehrfach ignoriert.

Ein Jahrgang in der Warteschleife

Offiziell schätzt die Landesarbeitsagentur, dass fast ein kompletter Ausbildungsjahrgang wie eine Bugwelle vor den Neubewerbern her geschoben wird.

Trotz Rückgang der gemeldeten Ausbildungsstellen um 8,2 Prozent redet der stellvertretende Leiter der Agentur Hagen, Herr Kopplin, verharmlosend: Die Ausbil-

dungsbereitschaft der Betriebe sei nicht gesunken. Der Rückgang käme daher, dass viele Stellen einfach nicht gemeldet würden.

Jugendliche selbst schuld?

Nach dieser Logik liegt es an den Jugendlichen, weil sie nicht mitbekommen haben, wo überall schöne Ausbildungsplätze angeboten werden. Die Wahrheit sieht anders aus.

Stadt Witten ist Ausbildungssünder

Bei 1.236 Vollzeitstellen bildet die Stadt gerade mal 16 Lehrlinge aus, das ist eine Ausbildungsquote von nur 1,3 Prozent! Daran sei angeblich der Ennepe-Ruhrkreis schuld. Im Kern sind es die Auswirkungen einer Politik, mit Personalkürzungen den städtischen Haushalt "sanieren" zu wollen. Wir fragen die Vertreter einer solchen Politik: Für welche Zukunft wollt Ihr eigentlich vorsorgen, wenn Ihr der Jugend schon im Ansatz keine bietet?

Du bist Paris!

Liebe Jugendliche, lasst Euch eine solche perspektivlose Politik nicht länger gefallen! **Gemeinsam mit den Alten kämpfen wie in Frankreich**, das ist die Alternative! Macht mit bei *AUF Witten* unter unserem Motto: **Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.**

Unsere Forderungen

- **Sofortiges Zinsmoratorium**, d.h. Einstellung aller Zinszahlungen der Stadt (mit Tilgung mehr als 8 Millionen Euro jährlich)
- Damit kann die Einführung der **30 Stundenwoche in der Stadtverwaltung** bei vollem Lohnausgleich finanziert werden
- So werden eine **Ausbildungsquote von 10 %** und **Neueinstellungen** möglich
- **Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben**, für eine solide Gemeindefinanzreform, in der die Bedürfnisse der Wittener und tatsächlichen Steuerzahler im Mittelpunkt stehen.

Kindergartengebühren - Zusatzsteuer für Familien

Kommentar von Ratsmitglied Achim Czulwick (AUF Witten)



Auf den ersten Blick scheinen die neuen Gebühren für die Kindergärten in Witten sozial zu sein.

Die unteren Einkommen zahlen so gut wie nichts, die mittleren und hohen Einkommen um so mehr. Für die höchsten Einkommen werden die Gebühren um 33 Prozent teurer.

Dass nur für ein Kind gezahlt werden muss ist eine Neuerung, die sicher kinderreiche Familien entlastet. **Alles gilt aber nur bis April 2007**, dann soll es überprüft werden.

Warum ist das nur scheinbar sozial?

Weil man sich zuallererst die Frage stellen sollte, **warum überhaupt Gebühren**

für das Aufziehen von Kindern erhoben werden?

Der Bundes- wie der Landesregierung geht es darum, ihre Kassen auf Kosten der Familien zu entlasten. Die Familien, wie die Rentner, die Arbeitslosen und die Beschäftigten auch, werden immer mehr belastet, um unter anderem die Auslandseinsätze

der Bundeswehr und die Steuersenkungen für Unternehmen zu finanzieren.

Schon heute ist es so, dass alle Unternehmen zusammen gerade Mal mit 10 Prozent zum Gesamtsteueraufkommen beitragen, dabei sprudeln die Profite ins Unermessliche.

Daher stellen die Gebühren für Kindergartenutzung nichts anderes dar als eine Art Zusatzsteuer für Familien.

Die notwendigen sozialen und kulturellen Bedingungen für das Aufwachsen der zukünftigen Generationen werden der Umverteilung von unten nach oben geopfert.

Angesichts der Milliardenkosten für die Auslandseinsätze und zur weiteren Entlastung der Unternehmen zeigt sich eben, dass diese Familienpo-

litik nicht dem Zwang angeblich leerer Kassen folgt.

Es ist der politische Wille der jeweiligen Regierungen in Düsseldorf und Berlin, das Geld von den Familien in die Kassen der Unternehmen umzuverteilen.

Dass die Kommunalpolitik in Witten dieser Politik folgt, wenn auch mit Wehklagen, zeigt nur eins: Sie findet sie richtig.

Die Position von AUF Witten dagegen ist ganz klar, wir fordern:

Kostenlose Kindergartenplätze mit ausreichend Personal in kleinen Gruppen und wohnortnah für alle Familien gleich welcher Nationalität, die hier in Witten leben.

Diese Position gibt es im Rat kein zweites Mal.

Gesundheitsreform: Weil Du arm bist, musst Du sterben!?

Die angebliche Kostenexplosion im Gesundheitssystem ist eine Legende – und damit ist auch die Rechtfertigung für diese Reform eine Lüge.

In Wahrheit betragen die Ausgaben fürs Gesundheitswesen seit vielen Jahren konstant rund zehn Prozent vom Bruttoinlandsprodukt.

Wir haben keine Kostenexplosion, sondern einen drastischen Rückgang der Einnahmen: Durch Arbeitslosigkeit, Gelegenheitsjobs und Niedriglöhne.

In allen sozialen Bereichen dieselbe Logik: Bei den Ärmsten der Armen wird gekürzt, damit die Reichen noch reicher werden.

Als Kern der Gesundheitsreform wird die **Senkung der**



Gefunden in der FAZ vom 08.09.06 – Satire oder Wirklichkeit?

"Lohnnebenkosten" genannt. Das bedeutet, dass die Arbeitgeber für die Ware Arbeitskraft weniger bezahlen müssen - ganz legal mit

Unterstützung der Regierung.

Für den Besitzer der Ware Arbeitskraft, den lohnabhängigen Beschäftigten, heißt

das, dass er nicht mehr das bekommt, was ihn die Produktion seiner Ware Arbeitskraft kostet.

Da kann er sehen, wo er bleibt! Oder ist es nicht angebracht, den Widerstand gegen diese menschenfeindliche Lohnkürzungspolitik voranzubringen?

Angesichts des ungeheuren Reichtums in diesem Land wäre sogar eine kostenlose und flächendeckende Gesundheitsversorgung finanziell durchaus machbar.

AUF Witten sagt eindeutig: Die Umverteilungspolitik von unten nach oben muss gestoppt werden - in welchem Bereich auch immer! Nur so lässt sich eine Politik im Interesse der Menschen verwirklichen!

Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Wittener Stadtwerke in der Kritik Fehlende Transparenz und Preissteigerungen für den Verbraucher

Ein ehemaliger Prokurist der Stadtwerke wendet sich seit Jahren mit umfangreichen Schreiben an Parteien und Vertreter im Rat der Stadt Witten. Darin weist er auf "Unkorrektheiten in der Personalführung, Auftragsvergabe und -durchführung" hin und kritisiert "Verschwendung" bzw. "unkorrekte Verwendung öffentlicher Gelder" in Verantwortung und Zuständigkeit der Geschäftsführung der Stadtwerke.

Vor allem bezweifelt er eine ordnungsgemäße und pflichtbewusste Kontrolle durch den aus Ratsvertretern von SPD, FDP und CDU sowie sechs Arbeitnehmern besetzten Aufsichtsrat der Stadtwerke.

Kritik strafrechtlich beantwortet

Seit mehr als fünf Jahren geht die Stadtwerke-Geschäftsführung mit Strafanzeigen gegen den Autor dieser Vorwürfe und Hinweise vor, weil er quasi als Querulant nur einen persönlichen Rachefeldzug führe. In einem Gerichtsverfahren wurde ihm untersagt, seine sogenannte "Schmähkritik" weiter zu äußern.

Bezeichnenderweise wurde zu seinen inhaltlichen Vorwürfen im Urteil nicht Stellung genommen, wie die Beamten-Vergütung von Führungskräften der Stadtwerke ohne beamtenrechtliche Voraussetzungen, Unregelmäßigkeiten bei vorzeitigen Pensionierungen und Altersteilzeitverträgen und andere kostenintensive Entscheidungen.

Anfrage der CDU Geheimsache?

Schließlich stellte die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Witten am 04.11.2005 in dieser Sache eine umfassende Anfrage an die Bür-

germeisterin der Stadt Witten in ihrer Funktion als Vorsitzende des Stadtwerke-Aufsichtsrates. Eine Durchschrift ging an die Ratsfraktionen von FDP, SPD und Grünen.

er solle sich doch direkt an die Geschäftsführung der Stadtwerke wenden. Diese hätte die CDU-Anfrage beantwortet. Das machte Herr Czulwick am 04.08.2006 auch. Der Aufsichtsrat der

recht beschnitten. Was soll hier vertuscht werden?

Stadtwerke effektiv kontrollieren - Energie- und Wasserpreise senken!

Wie hieß es doch in einem Leserbrief von Dr. Alfred Kastning, welcher sich seinerzeit gegen die umstrittene Schließung des Stadtbades eingesetzt hatte:

"Witten braucht dringend einen öffentlichen Untersuchungsausschuss Stadtwerke und eine wirkungsvolle Verbesserung der Kontrolle dieser städtischen GmbH. Das würde auch die Steigerung der Energie- und Wasserpreise bremsen. Denn es gibt bei den Stadtwerken nachweislich viele Einsparmöglichkeiten."

AUF Witten kann das nur unterstützen. Transparenz über die Geschäfts- und Preispolitik der Stadtwerke muss sowohl von der Geschäftsführung als auch vom Aufsichtsrat der Stadtwerke umfassend gewährleistet sein.

Auch ohne dass ein Staatsanwalt strafrechtlich ermitteln muss.

Man muss auch nicht alles hinnehmen, bloß weil es nicht strafbar ist. Unsere politischen und moralischen Maßstäbe richten sich ausschließlich nach den Interessen der Gebührenzahler, für ihr Geld eine ordentliche und preiswerte Leistung zu erhalten.

Nicht hinnehmbar sind zum Beispiel die vergleichsweise hohen Aufsichtsratsgehälter der Stadtwerke. Mit 4.080 € Aufwandsentschädigung im Jahr erhält die Vorsitzende des Aufsichtsrates zusätzlich genauso viel, wie ein Hartz-IV-Empfänger an Grundversicherung.

Zerrinnen so unsere
Gebühren?



Entgegen demokratischer Geflogenheiten wurde dem Ratsmitglied von AUF Witten Achim Czulwick die Anfrage von Amtswegen nicht zugänglich gemacht.

Als er dennoch davon Kenntnis erlangte, fragte er am 16.07.2006 nach, was denn der CDU-Fraktion auf ihre Anfrage von der Bürgermeisterin mitgeteilt worden sei. Inhaltlich ging es um Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Angehörige der Stadtwerke sowie die Höhe der Gesamtkosten im Verfahren gegen den Ex-Prokuristen, die nach dessen Schätzung eine Größenordnung von ca. 100.000 € erreicht haben dürften.

Also durchaus für die Verbraucher wichtige Fragen angesichts ständiger Erhöhungen von Gas-, Wasser- und Strompreisen.

Informationsrecht von Ratsmitglied beschnitten

Nun ging ein richtiges Theater los. Als erstes wurde Herr Czulwick seitens der Bürgermeisterin mitgeteilt,

Stadtwerke entschied aber, dass Herrn Czulwick die Antwort nicht herausgegeben wird. Diese sei nur für Ratsmitglieder im Aufsichtsrat der Stadtwerke bestimmt.

Das heißt, Frau Leidemann fordert Herrn Czulwick als Bürgermeisterin auf, sich eine an Sie selbst gerichtete Anfrage von den Stadtwerken beantworten zu lassen – um Ihm anschließend in Ihrer Funktion als Vorsitzende des Stadtwerke-Aufsichtsrates mitzuteilen, dass Ihm keine Auskunft erteilt werden könne.

Daraufhin stellte Achim Czulwick dieselben Fragen als eigene Anfrage an die Bürgermeisterin. Prompt bedauert diese in der Antwort, dass sie wegen laufender staatsanwaltlicher Ermittlungen keine Auskunft erteilen könne.

Offensichtlich ist es kein Problem, der CDU-Ratsfraktion reinen Wein einzuschenken.

Aber dem Ratsvertreter von AUF Witten wird willkürlich sein Informations-

Umweltforum von AUF Witten weist nach: Bürger werden unverfroren belogen

Drittes Bürgerforum in diesem Jahr

Am 22. September führte AUF Witten das dritte Bürgerforum in diesem Jahr durch – zur Gestanksbelästigung in Witten und Umgebung.

Schon bei der Einladung stieß das Thema bei Passanten auf breite Zustimmung und die Umwelt-AG von AUF Witten ist das Resultat.

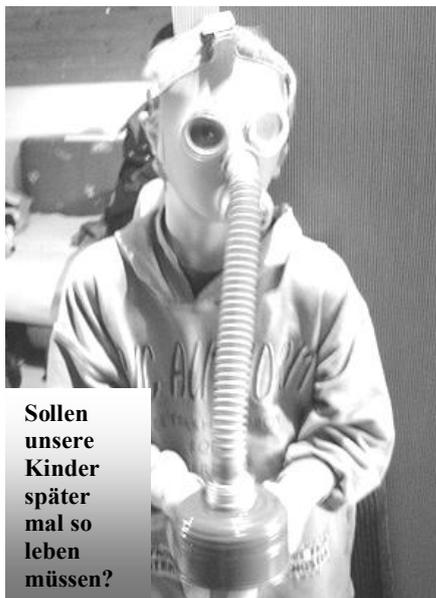
Einzelwiderstand läuft ins Leere

Rosemarie Dienwiebel berichtete über ihre langjährigen Erfahrungen: Der Widerstand der Anwohner gegen die Geruchsbelästigungen und Umweltverschmutzungen durch den Grotenbach und die vorbeilaufenden Abwasserkanäle, sowie gegen Emissionen der Wittener Industrie hat eine über 20-jährige Geschichte. Aber die Beschwerdeführer wandten sich in der Regel einzeln und unsystematisch an die Behörden. Ihre Anliegen wurden nicht ernst genommen und der Protest verpuffte wirkungslos.

Misstände aufgedeckt, Teilerfolge erzielt

Herbert Schlüter stellte die Ergebnisse der Recherchen der Umweltgruppe vor:

- Undichtigkeiten des Witten-Annen-Kanals führen zu Emissionen des typischen und allgemein bekannten ekligen Geruchs.
- Wegen fehlender Aktivkohlefilter stinkt es auch aus dem vorbeiführenden Q - Max - Kanal (für Fäkalien).
- Bei der Begehung und Begutachtung des Geländes durch Herbert Schlüter und



Sollen unsere Kinder später mal so leben müssen?

Mitarbeiter der Emscher Genossenschaft gaben diese zu, dass die Beobachtungen der Umweltgruppe zuträfen und dringend für Abhilfe gesorgt werden müsse.

"Bei einer dermaßen erdrückenden Übermacht der Industrie, wie sie in Witten zu Tage tritt, ist es erstaunlich, dass staatliche Behörden, die ja die Interessen der Menschen vertreten sollten, nicht einmal versuchen, pro forma den Eindruck zu erwecken, als würden sie die Bedenken der Betroffenen irgendwie teilen können."

Aus der Dienstaufsichtsbeschwerde von AUF Witten an die Landesregierung NRW gegen das Staatliche Umweltamt Hagen

Bis jetzt wurde erreicht, dass der Witten-Annen-Kanal abgedichtet wird und der große Abwasserkanal mit Aktivkohlefiltern ausgerüstet

werden soll.

Grundproblem nicht gelöst

Auch wenn ein geringerer Gestank zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt, ist immer noch völlig unklar, was denn genau in die Abwasserkanäle entsorgt wird und ob z.B. die Firma Degussa nicht aus Gründen der Profitmaximierung auf den Einsatz effektiver Umwelttechnologien verzichtet. In diesem

Zusammenhang wurden auch andere Firmen genannt wie HP Pelzer Chemie, Lohmann Edelstahl, Guttasyn Meister Plast GmbH, SICO Kunststoffverarbeitungs-GmbH, Sasol und Ardex Chemie.

Grenzwerte problematisch

Peter Frey äußerte sich kritisch zu den sogenannten Grenzwerten. Grenzwerte für Umweltbelastungen und Emissionen orientieren sich nicht an den unverzichtbaren gesundheitlichen Erfordernissen der Menschen, sondern am Profitdenken und den Machtmöglichkeiten der verantwortlichen Manager.

Die Geruchsemissionen der Degussa Sasol gingen typischerweise zurück, solange der Staatsanwalt gegen die Firma ermittelte. Nach Abschluss der Ermittlungen stank es wieder wie vorher.

Bei der gesetzlichen Festlegung von Grenzwerten arbeitet der Gesetzgeber mit den Vertretern der Industrie zusammen, nicht aber mit den betroffenen Bürgern.

Ausblick Grotenbachdemonstration

Ratsmitglied Achim Czylwick (AUF Witten) machte den sehr beachtenswerten Vorschlag, die von der Geruchsbelästigung der Abwasserkanäle betroffenen Anwohner zu organisieren mit dem Ziel einer "Grotenbachdemonstration".

Die Umwelt-AG hat mittlerweile Kontakt mit betroffenen Anwohnern in Dortmund-Schönau aufgenommen, die ebenfalls unter den Emissionen leiden, die aus den in die Emscher eingeleiteten industriellen Abwässern ausgasen. Auch wurden Anwohner und Ratsmitglieder aus der unmittelbaren Nachbarschaft in Dortmund Persebeck und Hombruch angesprochen sowie ein Schreiben an das staatliche Gewerbeaufsichtsamt in Dortmund geschickt.

Ziel ist eine städteübergreifende Widerstandsbewegung gegen Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung – für eine bessere Lebensqualität. Und dafür werden viele Aktive gebraucht!

Die Klagen der Industrie, sie wäre nicht konkurrenzfähig genug und müsse Umweltauflagen mit Entlassungen beantworten, ist reine Zweckpropaganda: Deutschland ist Exportweltmeister gerade wegen seiner konkurrenzlosen Produkte auf dem Weltmarkt!

Es gibt noch viel zu tun – aber die ersten Erfolge ermutigen uns zu noch größeren Anstrengungen. Machen Sie mit – es lohnt sich!

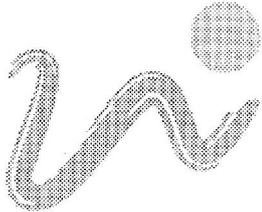
Umweltskandal bei HP Pelzer Chemie in Witten

In der Nummer 3/2006 von "Witten im AUFbruch" brachten wir ein ausführliches Interview mit Peter Spyrka. Er ist einer von vielen ehemaligen Beschäftigten der Firma HP Pelzer Chemie, die wegen Vergiftung am Arbeitsplatz schwe-

re gesundheitliche Schäden davon getragen haben. Es gibt mindestens 28 ungewöhnliche Todesfälle ehemaliger Pelzerarbeiter, hunderte von Schwererkrankten. In Zusammenarbeit mit dem Schwerbehindertenobmann der Stadt Witten wurden Pel-

zerkollegen, die aus gesundheitlichen Gründen schwerbehindert sind, von der Firma HP Pelzer entlassen. Deshalb stellte Ratsmitglied *Achim Czulwick* von *AUF Witten* eine **Anfrage** an die Stadtverwaltung. **Was Arbeiter krankmacht, schädigt auch die Umwelt. Die Zunahme von Allergien und Atemwegserkrankungen bei Kindern ist alarmierend, Krebs ist die häufigste Ursache eines frühzeitigen Todes. Das Thema sollte ernst genommen werden!**

Die Antwort der Stadt Witten



Stadt Witten

Die Bürgermeisterin

Bauverwaltungs- und Vermessungsamt

Sehr geehrter Herr Czulwick,

nach eingehender Prüfung des von Ihnen dargestellten Sachverhalts teile ich Ihnen mit, dass die von Ihnen geschilderten Missstände hier nicht bekannt sind.

Das Staatliche Umweltamt Hagen und die Stadt Witten praktizieren seit Jahren eine enge Zusammenarbeit.

Auch beim Staatlichen Umweltamt Hagen ist keine Häufung von Beschwerden über die Fa. HP Pelzer Chemie GmbH bekannt.

(Kursiv hervorgehoben durch Redaktion)

Solche Auskünfte kennt man von Behörden. Doch es gibt Ungereimtheiten. Die Umwelt AG von AUF Witten hat eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen eine leitende Beamtin des Staatlichen Umweltamtes wegen nachweislicher Falschinformation verfasst. Die zuständige Bezirksregierung Arnsberg teilte uns mit, "dass die notwendigen Ermittlungen einige Zeit in Anspruch nehmen werden".

100 Tonnen Trichlormethan - wo sind sie geblieben?

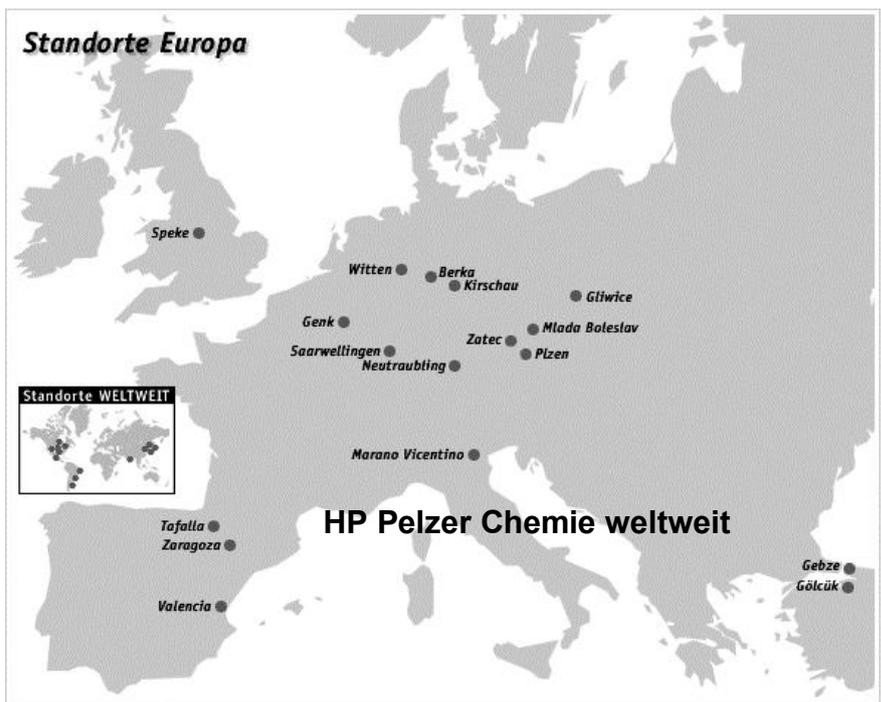
Diese unvorstellbare Menge des giftigen Lösungsmittels 1.1.1. Trichlormethan wird jährlich in der Produktion bei der Fa. HP Pelzer Chemie verarbeitet. Es gibt Beschwerden darüber, dass die leichtflüssige Substanz entweder ins Grundwasser gelangt oder verdunstet. Beides dürfte in einer geschlossenen Produktion gar nicht vorkommen. Dann aber muss das Mittel nach Ende der Produktion noch vorhanden sein bzw. irgendwann einmal regelrecht entsorgt werden.

Die Umwelt AG stellt dazu folgende Fragen:

- Liegen dem staatlichen Umweltamt Hagen und dem Gewerbeaufsichtsamt in Dortmund Nachweise vor über die sachgerechte Entsorgung dieser und anderer bei Pelzer verwendeten Chemikalien?
- Wenn nein, warum sind sie dann bisher nicht ermittelnd tätig geworden trotz jahrelanger Beschwerden?

Machen Sie mit bei der Umwelt-AG von AUF Witten nach unserem gemeinsamen Motto: Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.

Angesichts der dominierenden Profitinteressen von Industrie und Banken kann nur eine starke



Bewegung Erfolg haben, die den Menschen und den Schutz der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt

stellt. **Wir sind überzeugt: Millionen sind stärker als Millionäre!**

JobAgentur - Agentur für Armut

Die JobAgentur EN ist stolz auf ihre Arbeit. In Witten vermittelte sie 2005 insgesamt 1.512 Personen. Davon in Maßnahmen (1€-Jobs etc.) 1.227 Personen, in den "ersten Arbeitsmarkt" aber nur 285.

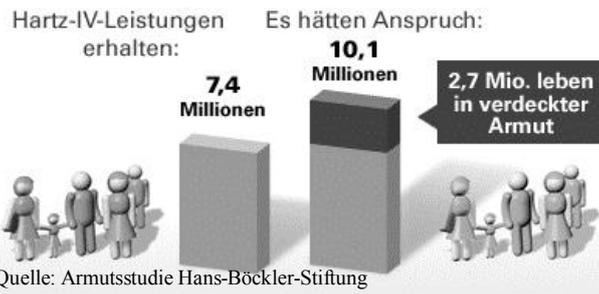
Bei rund 7.000 Arbeitslosen und 400 Jugendlichen, die jedes Jahr dazukommen, ist

Arbeitslosigkeit in Witten

Offiziell gemeldet	5.401
in "Maßnahmen"	1.227
statistisch nicht erfasste Jugendliche	400
gesamt:	7.028

ein "Abbau" um 285 Personen eine Katastrophe. Die "Maßnahmen" helfen den Menschen nicht, verschönern nur die Statistik.

Verdeckte Armut weiter Problem



Die Arbeitgeber erhalten für jeden 1€-Jobber zwischen 200 und 500 € von der JobAgentur, vorausgesetzt die Arbeit steht in "öffentlichem Interesse". Wieso sollten sie auf eine solche Einnahmequelle verzichten und stattdessen einen teuren regulären Arbeitsplatz schaffen?

Die JobAgenturen arbeiten auf einer völlig irrealen

Grundlage, ohne es zu merken oder merken zu wollen.

Dazu beobachten wir in letzter Zeit zunehmende bürokratische Schikanen gegenüber ALG II Empfängern, Machtdemonstrationen gegenüber Hilfesuchenden und unwürdige Schnüffelpraktiken. Angeblich, um Missbrauch aufzudecken.

Dabei nehmen 2,7 Millionen Menschen Hartz-IV gar nicht in Anspruch! Nach einem Papier der CDU/CSU-Fraktion sind sogar weitere Kürzungen von über 4,5 Mrd. € geplant: bei den Ärmsten der Armen! Die medienwirksam in Szene gesetzten Milderungsvorschläge von NRW Ministerpräsident Rüttgers lenken nur ab von diesen Kürzungen und werden nicht mal von den eigenen Parteifreunden ernst genommen. Aber das passt gut in ein Klima der Versprechen und Beschwichtigungen gepaart mit Diskriminierung und Bespitzelung.

Davon darf man sich nicht beeindruckt lassen:

Hartz IV muss weg!

Kürzung von ALG II erfolgreich abgewehrt!



Melitta Banze ist eine allein erziehende Mutter und Aktivistin der Montagsdemo. Als sie vor sechs Wochen von der Job-Agentur die Hartz-IV-Bezüge gestrichen bekam, wandte sie sich sofort an die Wittener Montagsdemo.

"Wovon sollen mein Sohn und ich jetzt leben? Wie soll ich meine Miete bezahlen?" – so Frau Banze am offenen Mikrofon.

Alle wollten wissen, was der Grund für die rigorose Kürzung sei. Frau Banze erfuhr das erst ihre Anfrage bei der JobAgentur! Aufgrund einer anonymen Anzeige hätte der

Ermittlungsdienst eine bezahlte Haushaltsarbeit entdeckt.

Das war ein klarer Verstoß gegen den §24 des SGB X (Sozialgesetzbuch), wonach die Behörde verpflichtet ist, vor Kürzungen den Betroffenen anzuhören.

Frau Banze wandte sich über ihren Anwalt an das zuständige Sozialgericht in Dortmund in der Hoffnung, dass es nicht bis zu 1½ Jahren dauert wie in anderen Fällen.

Tatkräftig wurde sie von der Montagsdemonstration und von *AUF Witten* unterstützt, beim Sozialamt, der Bürgermeisterin und bei der JobAgentur vorgesprochen, die örtliche Presse informiert und mit einer Unterschriftensammlung begonnen. Innerhalb weniger Tage unterschrieben rund 300 Menschen unter Angabe von Namen und Adresse, darunter einige, denen es ähnlich ging wie Frau Banze!

Die Zeitungsberichte und Pressemitteilungen der Montagsdemonstration gingen auch ans Sozialgericht, Frau Banze legte eine eidesstattliche Erklärung vor, dass sie nicht gegen Entgelt arbeitet. Sie hatte sich nur bei ihrer Freundin nützlich gemacht, während sie dort auf ein Paket wartete.

Die JobAgentur wollte ihre Fehler nicht eingestehen, sondern baute mit der Forderung nach einer eidesstattlichen Erklärung der Freundin weitere Hürden auf. Daraufhin wurde auch diese Erklärung vorgelegt.

Auch das ein Verstoß der JobAgentur. Die Freundin steht in keinem rechtlichen Verhältnis zur JobAgentur.

Mittlerweile sind auf Weisung des Sozialgerichts sämtliche gekürzten Beträge überwiesen worden, wenn auch mit Verzögerung und nur nach erneuten Protesten!

Das Rechtsamt will Frau Banze sogar die Rechtsanwalts- und Gerichtskosten zahlen lassen, weil sie die eidesstattliche Erklärung ihrer Freundin zu spät eingereicht habe.

Wieder ein Rechtsbruch, denn die Kürzung wurde ohne Rücksprache verfügt.

Die Grundsicherung ist das absolute Existenzminimum, da darf nichts ohne gesetzliche Grundlage gekürzt werden!

Die Montagsdemo und AUF Witten fordern:

- Entschuldigung und Wiedergutmachung der JobAgentur bei Frau Banze!
- Bekanntgabe des Denunzianten!

Warum hat sich die Bürgermeisterin als Dienstvorgesetzte und politisch Verantwortliche entgegen der Anfrage von Ratsmitglied Achim Czulwick (*AUF Witten*) nicht für die Frau eingesetzt?

Einer für alle, alle für einen! Es lohnt zu kämpfen!

Was braucht der Mensch?

Gedanken zu einer sozialstaatlichen Gesellschaft von Rosemarie Dienwiebel

Er muss die Chance haben, sich in der angeblich offenen Erwerbsgesellschaft nach seinen Fähigkeiten entwickeln und behaupten zu können. Sozialstaatliche Maßnahmen sollen helfen.

Sie sollen den Lebens- und Freiraum derjenigen Menschen erweitern, die im sogenannten freien Spiel der Kräfte zu Bedürftigen werden und zwar so, dass sie danach nicht mehr bedürftig sind.

Restriktive Maßnahmen ihnen gegenüber sind kontraproduktiv und entmutigend. Als erste Maßnahme müssen die staatlichen Behörden deshalb verhindern, dass es überhaupt so weit kommt und Menschen - aus welchen Gründen auch immer - zu Bedürftigen werden.

Liebe Leser, mit diesem Artikel eröffnen wir eine Diskussion über Fragen, die über den Alltag hinaus reichen. Welche gesellschaftlichen Visionen haben Sie? Wir freuen uns über jede Zuschrift
(die Redaktion)

Der Verfassungsrichter Dr. Udo di Fabio spricht von der "Würde des Menschen" als Herr des eigenen Schicksals, die das oberste Leitprinzip unserer Verfassungsordnung sein sollte: Soziale Sicherheit sei ein gutes Stück weit überhaupt erst die Voraussetzung, um als Person nicht nur im formellen Sinn "frei" genannt zu werden, sondern sich in seiner Freiheit auch bewähren zu können.

Das Prinzip sozialer Gerechtigkeit in der freiheitlichen Verfassung muss lauten, dass Bürger durch elende und materiell bedrückende Ver-



Sternmarsch gegen die Reformen der Regierung am 16. September in Berlin – viele Betriebe waren vertreten

hältnisse nicht aus dem Kreise der Rechtsgleichen praktisch ausgegrenzt werden.

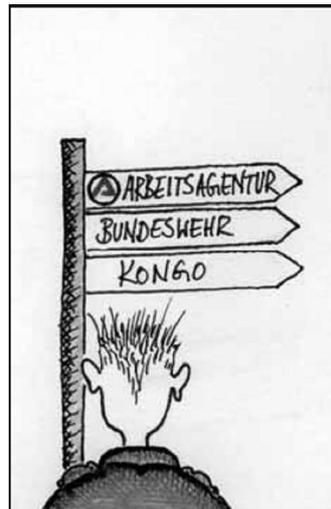
Behörden, die Menschen in bedrückenden Verhältnissen auch noch nachspitzeln, um ihnen ihre materiellen Grundlagen noch mehr zu beschneiden, grenzen bewusst aus.

Im praktisch vorliegenden Fall einer alleinerziehenden Mutter hat diese das selbstverständliche Recht, gemäß ihrer Menschenwürde behandelt zu werden. Sie verdient allen Respekt, den man einer Frau entgegenbringt, die unter möglicherweise schwierigen Bedingungen Kinder erzieht und damit zu den Grundlagen dieses Staates beiträgt.

Ähnlichen Respekt verdient auch ein Arbeitnehmer, der zwanzig, dreißig oder mehr Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat und nur nach einem Jahr Arbeitslosengeld I in Hartz IV hineingerät, weil der Arbeitsmarkt ältere Arbeitnehmer diskriminiert. Für sie ist angeblich kein Platz in dieser Wirtschaftsform vorhanden.

Anders lautende Vorstöße zur Verlängerung von Arbeitslosengeld für die betrof-

fenen Menschen werden von bestimmten Politikern, z.B. von Herrn Müntefering, als abwegig abgetan.



Bei dieser Diskussion sollte aber nie übersehen werden, worum es grundsätzlich geht: es geht um das Grundrecht auf Arbeit.

Für die meisten Menschen in unserer Zeit verschafft Arbeit den Anteil an den Gütern der Gesellschaft und stellt sie als Mensch in einen sozialen Zusammenhang. Arbeit ist somit ein Feld der tätigen Auseinandersetzung, mit dem Menschen zur Persönlichkeit wachsen.

Deshalb ist der Verlust eines Arbeitsplatzes, deshalb sind

Massenarbeitslosigkeit und unfreiwillige Verkürzung der Lebensarbeitszeit gravierende Eingriffe in die Grundrechte der Betroffenen.

Einer Regierung, die dies zulässt, muss massiver Widerspruch entgegen gesetzt werden.

Aus einem Schreiben des Verlags für die Deutsche Wirtschaft an mittelständische Betriebe

Das Prinzip der 1-€-Jobs funktioniert so:

- Sie haben einen Auftrag zu erledigen, der einem öffentlichen Interesse dient.
- Beantragen Sie bei Ihrer örtlichen Arbeitsagentur, Ihnen dafür einen oder mehrere Langzeitarbeitslose zu vermitteln
- Diese arbeiten an Ihrem Auftrag mit und erhalten von Ihnen ein Entgelt zwischen 1 € und 1,50 € die Stunde.
- Als Entschädigung dafür sowie für Ihren generellen Aufwand, den Zusatzjob anzubieten, zahlt Ihnen die Arbeitsagentur 200 bis 500 € pro Monat und Zusatzjob.

Grundvoraussetzung für bereits bewilligte 1-€-Jobs: Der Auftrag muss im öffentlichen Interesse stehen. Das heißt er

- wird Ihnen von einer Stadt, Kommune oder einem öffentlich-rechtlichen Träger erteilt (dann liegt er automatisch im öffentlichen Interesse) oder er

- beinhaltet eine soziale Dienstleistung

Beispiel für bereits bewilligte 1-€-Jobs:

- Ein Malereibetrieb wird für die Sanierung von kommunalem Wohnraum verpflichtet. Er kann einen arbeitslosen Maler als Zusatzjobber verpflichten.

Kommentar überflüssig!

Warum ich montags zur Demo komme

Renate Dietze vom Vorstand von **AUF Witten** befragte Demonstranten

Kirsten Preußner: ... weil ich öffentlich zeigen will, dass ich den Kampf für eine **gerechte Zukunft** nicht aufgebe. Ich bin jeden Montag hier!

Dirk Adamczak: ... weil Hartz IV immer noch nicht vom Tisch ist. Ich will auf der Straße die **Regierungspolitik kritisieren**, das kann ich hier am offenen Mikrofon.

Joachim Fricke: ... weil ich mich engagiere für Leute, denen es weniger gut geht als mir. Ich will, dass Steuergelder **sozial gerecht** verteilt werden.

Ruth Schlüter: ... weil sich nach 2 Jahren **immer noch nichts geändert** hat, weil die Ungerechtigkeit noch schlimmer geworden ist.

Friedemann Wacker:...weil ich aus der Masse der



Wittener Montagsdemonstranten in Berlin am 16.09.06

Gleichgültigen heraus will. Ich will mich **aktiv beteiligen**, um Änderungen zu erzwingen.

Achim Czulwick: ... am offenen Mikrofon kann ich die reelle politische Situation am besten darstellen. Und **nur gemeinsam** können wir sie verändern!

Heinz Preußner: ... weil sich die **Arbeitslosigkeit nicht mindert**, weil die Schere zwischen Arm und Reich ständig größer wird.

Gregor Duve: ... weil ich hier **Hartz IV intensiv bekämpfen** kann.

Anita Czulwick: ... weil diese **unsoziale Regierungspolitik weg muss!**

Ulrich Wagner: ... weil ich laut die Regierung anklage: **diese Politik ist Wahlbetrug!**

Markus Freiburg: ... weil ich hier mit Gleichgesinnten dafür kämpfe, dass die **Armut beseitigt** wird.

Herbert Schlüter: ... weil mein Solo-Protest sonst in einer Schublade verschwinden würde! Die Regierung wurde vom Volk gewählt, trifft aber nicht die Entscheidungen für das Volk. **Das Volk muss die Entscheidungen treffen.**

Sandra Paul: ... weil ich will, **dass sich was ändert!** Ich will soziale Gerechtigkeit.

Guido Schürmann: ... nur **gemeinsam sind wir stark!** Darum bin ich hier.

Schon 108 Mal wurde in Witten wie in 150 anderen Städten Deutschlands gegen Hartz IV demonstriert. **AUF Witten** war von Anfang an mit dabei, weil ein solches Gesetz die Rahmenbedingungen in den Kommunen verschlechtert. Bei uns kann jeder mittun, der in einer solidarischen Gesellschaft leben will, in der Gerechtigkeit nicht nur ein Propaganda-Wort ist. Deshalb weg mit Hartz IV!

► Die nächsten Termine von **AUF Witten** – kommen Sie doch mit dazu! ◀

Samstag, 18. November 2006:

Infostand am Berliner Platz, 11-13 Uhr

Sonntag, 26. November 2006:

Jahreshauptversammlung, Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen, 11-14 Uhr

Samstag, 02. Dezember 2006:

Infostand in Heven, Hellweg vor ALDI, 11-13 Uhr

Samstag, 16. Dezember 2006:

Jahresabschlussfeier, Dritte Halbzeit – TuS Heven, Halddenweg 2 (hinter der Hellwegschule), ab 18:30 Uhr

Es gibt jede Menge Gründe, bei **AUF Witten** mitzumachen

- Ich interessiere mich für **AUF Witten**
- Ich möchte besucht werden
- Ich möchte Mitglied bei **AUF Witten** werden
- Ich möchte für **AUF Witten** spenden

Meine Anschrift:

Name.....

Vorname.....

Straße.....

PLZ/Ort.....

Tel.:

Coupon ausgefüllt senden an: Romeo Frey, Bebbelsdorf 43, 58454 Witten

Informationen zu **AUF Witten** bei:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302/81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de